

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Demokratie stärken III – Jugend und Politik im „dialogP“ an Schulen wieder aufnehmen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich für eine zeitnahe Wiederaufnahme des Diskussionsformats „dialogP“ an den Berliner Schulen einzusetzen und hierfür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Die politische Bildung und Partizipation Jugendlicher muss gefördert werden.

Begründung:

Mit dem Ziel, die politische Bildung junger Menschen zu stärken, wurde das Format „dialogP“ als Veranstaltungsreihe bereits an einigen Berliner Schulen umgesetzt. Das Konzept sieht vor, dass Schülerinnen und Schüler der Oberstufe mit den jeweiligen (Wahlkreis)Abgeordneten aller im Berliner Landesparlament vertretenen Fraktionen in ihren Schulen über aktuelle politische und gesellschaftliche Themen diskutieren. An verschiedenen Stationen, die von allen teilnehmenden Abgeordneten absolviert werden, steht jeweils ein bestimmtes Thema zur Diskussion. Im Vorfeld bereiten sich die Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Unterrichts sowohl methodisch als auch inhaltlich auf die Veranstaltungen vor, um unterschiedliche Standpunkte zu den Themen herauszuarbeiten.

„DialogP“ soll Brücken zwischen Politik und Jugend bauen und ist daher ein sowohl bei Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften als auch bei den politischen Vertreterinnen und Vertretern äußerst geschätztes und beliebtes Format. In Berlin ist das Angebot mittlerweile jedoch ausge-

laufen, so dass sich Schulen nicht mehr für eine Teilnahme bewerben können. In anderen Bundesländern (Hessen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Brandenburg) ist eine Buchung aktuell hingegen möglich.

„DialogP“ ist ein wichtiger Baustein, um das Interesse junger Menschen für Politik zu fördern und einen Austausch auf Augenhöhe zu ermöglichen. Ziel sollte es sein, möglichst vielen Berliner Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I bzw. II eine Teilnahme zu ermöglichen. Der Senat sollte sich daher für eine Wiederaufnahme dieses Dialogformates einsetzen und hierfür die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Berlin, 26. September 2022

Wegner Khalatbari Simon
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU